



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Landeskriminalamt

bürgerorientiert • professionell • rechtsstaatlich



Finanzermittlungen Lagebild für NRW 2016

Kriminalitätsentwicklung im Überblick

Finanzermittlungen

Verdachtsmeldungen

- > Im Jahr 2016 ist mit 9 050 Verdachtsmeldungen erneut ein Höchststand zu verzeichnen. Der prozentuale Anstieg in Relation zum Vorjahr – plus 20 Prozent – hat sich mehr als verdoppelt.
- > Kreditinstitute stellten wie in den Vorjahren den mit Abstand größten Anteil (rund 84 Prozent).

Vermögenssicherung

- > Die durch die Polizei NRW gesicherte Summe an Vermögenswerten im Jahr 2016 erfuhr eine Steigerung um über 77 Prozent auf 64,3 Millionen Euro und erreichte damit den höchsten Wert seit 2004.
- > Die Zahl der Verfahren mit Sicherung von Vermögenswerten stieg auf 840 an.

	2015	2016	Veränderung in %	
Geldwäschebekämpfung Verdachtsmeldungen	6 230	9 050	+ 45,3 %	
Geldwäschebekämpfung erkannte Straftaten	3 307	4 109	+ 24,3 %	
Vermögenssicherung Sicherungsergebnis aller Polizeibehörden (Angabe in Mio. €)	36,3	64,3	+ 77,1 %	
Vermögenssicherung Verfahren mit Sicherungsmaßnahmen	685	840	+ 22,6 %	

Inhalt

Kriminalitätsentwicklung im Überblick		3
1	Lagedarstellung	6
1.1	Vorbemerkungen	6
1.2	Verdachtsmeldungen	8
1.3	Entwicklungen im Verdachtsmeldewesen	11
1.3.1	Finanzsektor	11
1.3.2	Nichtfinanzsektor	11
1.4	Vermögenssicherung	12
2	Gesetzesnovellierungen	14
2.1	Umsetzung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie	14
2.2	Verlagerung der Financial Intelligence Unit	14
3	Anlagen	15
3.1	Anlage Tabellen Verdachtsmeldungen	15
3.2	Anlage Tabellen Vermögenssicherung	19
4	Sachverhaltsschilderungen	25
4.1	Verdacht des Betruges, der Geldwäsche und Verstoß gegen das ZAG	25
4.2	Verdacht des Betruges und der Geldwäsche	26

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 01	
Gesamtaufkommen der Verdachtsmeldungen	8
Abbildung 02	
Deliktische Aufteilung	9
Abbildung 03	
Meldeaufkommen nach Geschäftsfeldern	10
Abbildung 04	
Sicherungssummen (in Millionen Euro) und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW (ohne Sonderfälle)	12
Abbildung 05	
Sicherungssummen (in Millionen Euro) nach Art der Vermögenswerte	13

Tabellenverzeichnis

Tabelle 01	
Eingangszahlen Verdachtsmeldungen	15
Tabelle 02	
Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen	15
Tabelle 03	
Ermittlungsergebnisse	16
Tabelle 04	
Erstatter von Verdachtsmeldungen	17
Tabelle 05	
Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 04	18
Tabelle 06	
Sicherungssummen der Polizei NRW (in Tausend Euro)	19
Tabelle 07	
Sicherungssummen der Polizeipräsidien (in Tausend Euro)	20
Tabelle 08	
Sicherungssummen der Landratsbehörden (in Tausend Euro)	21
Tabelle 09	
Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht (in Tausend Euro)	22
Tabelle 10	
Sicherungssummen nach Sicherungszweck (in Tausend Euro)	23
Tabelle 11	
Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte (in Tausend Euro)	23
Tabelle 12	
Sonderfälle (Sicherungssummen in Tausend Euro)	24

1 Lagedarstellung

1.1 Vorbemerkungen

Das vorliegende Lagebild bietet Kerninformationen zum Stand und zur Entwicklung der Finanzermittlungen in Nordrhein-Westfalen. Es wird dabei zwischen den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen und der Vermögenssicherung als Teilbereich der verfahrensintegrierten Finanzermittlungen differenziert.

Verfahrensunabhängige Finanzermittlungen

dienen der Erforschung von verdachtsbegründenden Sachverhalten, die sich zum Beispiel aus Finanztransaktionen oder auffälligem Finanzgebaren ergeben, ohne dass bereits eine Straftat erkennbar zugeordnet werden kann.¹ Dies geschieht im Zusammenspiel der Ermittlungsbehörden mit den Verpflichteten im Sinne des Geldwäschegesetzes (GwG).²

Ergänzend besteht eine Meldepflicht für Behörden der Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder.³ Eine wichtige Maßnahme zur Geldwäschebekämpfung sind Bargeldfeststellungsverfahren⁴ der Zollverwaltung.

Das Landeskriminalamt NRW (LKA NRW) ist im Berichtsjahr noch Zentralstelle zur Entgegennahme von Geldwäscheverdachtsmeldungen (GwVM) gewesen.⁵

Die Bearbeitung von GwVM erfolgt im LKA NRW in Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen (GFG), welche sich aus Polizei- und Zollfahndungsbeamten zusammensetzen.

Die Einrichtung der Ermittlungsgruppe Organisierte Kriminalität und Steuerhinterziehung (EOKS) des Finanzamtes für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Düsseldorf im LKA NRW gewährleistet eine Beteiligung der Finanzverwaltung bei der Bearbeitung von Verdachtsmeldungen mit steuerrechtlicher Relevanz in den Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen.

Mit der Novellierung des GwG vom 29. Dezember 2011 hat der Gesetzgeber durch den Wechsel des Begriffs „Verdachtsanzeige“ zu „Verdachtsmeldung“ verdeutlicht, dass die Schwelle, eine GwVM zu erstatten, unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdachts im Sinne des § 152 Strafprozessordnung (StPO) liegt. Diese GwVM haben Hinweischarakter, aus dem sich erst durch ergänzende polizeiliche Bewertungen ein Tatverdacht zur Einleitung eines Strafverfahrens begründen kann.

Daher erfüllen GwVM grundsätzlich nicht die Erfassungskriterien der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Geldwäscheverfahren. Dies erklärt die Differenz zwischen den Zahlen der PKS und denen des vorliegenden Lagebildes.

¹ Richtlinien über polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Finanzermittlungen zur Abschöpfung kriminell erlangten Vermögens und zur Bekämpfung der Geldwäsche sowie zur Aufklärung anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung (Finanzermittlungsrichtlinien – FERL). Gemäß Runderlass des Innenministeriums - 42.2 - 6537, des Finanzministeriums – S -0750 -10-VA 1 und des Justizministeriums – 4000 – III A. 155, vom 06.03.2002.

² § 2 des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG).

³ § 31b Abgabenordnung (AO) und § 12a Zollverwaltungsgesetz (ZollVG).

⁴ § 12a ZollVG.

⁵ § 13 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 POG NRW in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Ziffer 1 der Verordnung über weitere polizeiliche Aufgaben des Landeskriminalamtes bei der Gefahrenabwehr sowie der Erforschung und Verfolgung von Straftaten. Aufgrund des Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (BGBI. I S. 1822), haben die Verpflichteten seit dem 26.06.2017 bundesweit der FIU („Financial Intelligence Unit“) beim Zollkriminalamt der Generalzolldirektion in Köln zu melden.

Die Verhinderung und Aufklärung von Geldwäsche erfolgt neben den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen auch durch **verfahrensintegrierte Finanzermittlungen**. Diese dienen als Bestandteil laufender Ermittlungs- oder Verwaltungsverfahren der Aufspürung, Zuordnung und Abschöpfung krimineller Gewinne, insbesondere durch die

- > Feststellung und Aufklärung von Tatmotiven, Strukturen und Beziehungen verdächtiger Organisationen und Einzelpersonen durch Erforschung der Geldflüsse, der Finanzbeziehungen oder der Herkunft verdächtigen Vermögens, Gewinnung von Ermittlungsansätzen,
- > Ermittlung aller wesentlichen Umstände, die bedeutsam sind, um Anordnungen zur Vermögensabschöpfung treffen zu können,
- > Anregung und Durchführung von strafprozessualen Sicherungsmaßnahmen zur Vermögensabschöpfung,

- > Ermittlung der Umstände, die Opfern als Grundlage für eine Schadenswiedergutmachung dienen können, und die
- > polizei- und zollrechtliche Sicherstellung von beweglichen Vermögenswerten zur Gefahrenabwehr⁶ und zur Eigentumssicherung.

Die in diesem Lagebild dargestellten Ergebnisse zu den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen basieren auf der Auswertung der GwVM, die beim LKA NRW eingegangen sind.

Die Daten zu den verfahrensintegrierten Finanzermittlungen resultieren aus den Vermögenswerten, welche durch die Polizeibehörden Nordrhein-Westfalen gesichert und gemeldet wurden. Die Klammerwerte im Text sind, sofern nicht anders angegeben, die Vergleichswerte des Vorjahres.

⁶ Fußnote 1 von Seite 6.

1.2 Verdachtsmeldungen

Im Jahr 2016 erfasste das LKA NRW insgesamt 9 050 Verdachtsmeldungen (6 230). Seit 2008 ist eine kontinuierliche Steigerung und in den letzten vier Jahren eine stark erhöhte Zunahme der Anzahl der Verdachtsmeldungen festzustellen.

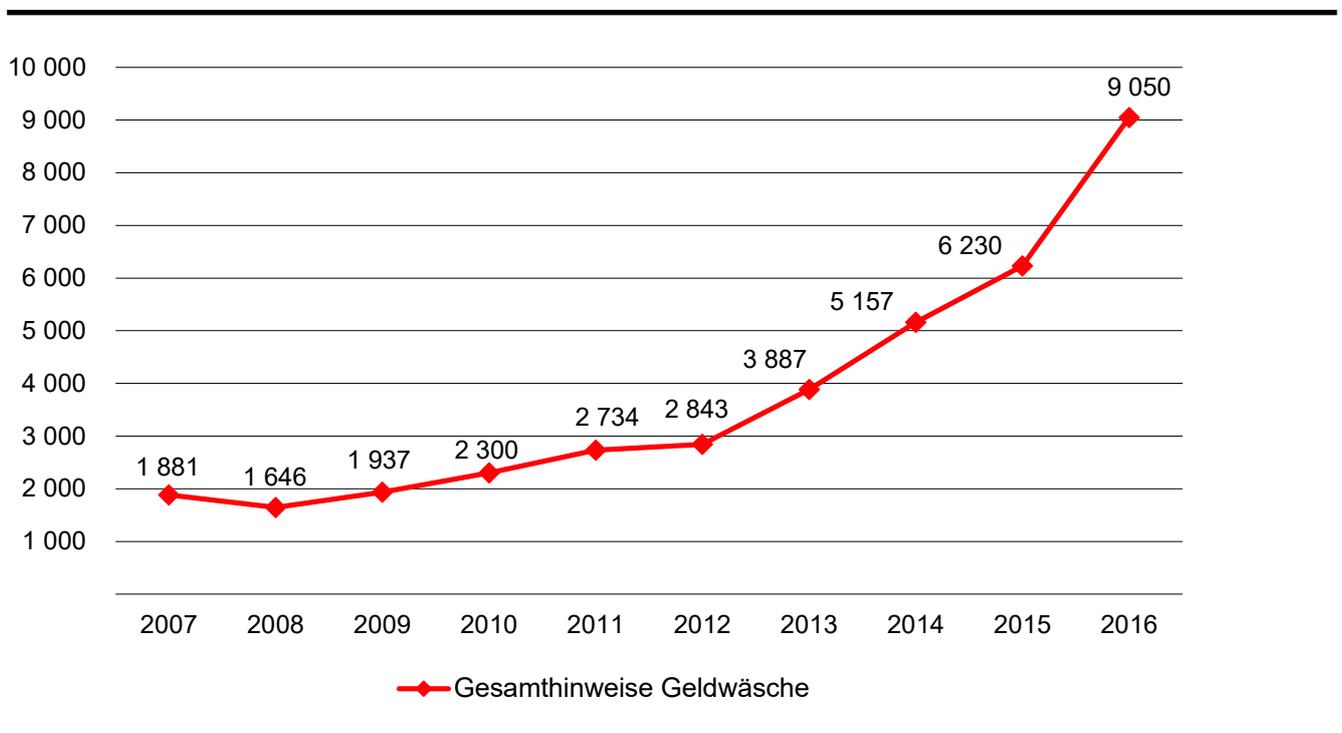
Seit 2013 stieg die absolute Fallzahl pro Jahr um jeweils mehr als 1 000 Verdachtsmeldungen (2013: 1 044 Fälle, 2014: 1 370, 2015: 1 073). Im Jahr 2016 verdreifachte sich der Anstiegswert gegenüber dem Vorjahr mit 2 820 nahezu (Steigerung von 45,3 Prozent gegenüber 2015).

19 Meldungen (25). Die Bargeldkontrollen der Zollbehörden führten zu elf Ermittlungsverfahren (11).⁷ Privatpersonen übersandten zwei (5) Verdachtsmeldungen, drei (3) Verdachtsmeldungen wurden durch Sonstige übersandt.

Die Steigerung begründet sich fast ausschließlich aus den 9 015 Verdachtsmeldungen (6 186) der Verpflichteten nach dem GwG. Von den restlichen 35 Verdachtsmeldungen (44) übermittelten die Finanzbehörden der Länder auf Grundlage der Abgabenordnung

Abbildung 01

Gesamtaufkommen der Verdachtsmeldungen



⁷ Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, auf deren Grundlage ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren aufgrund eines Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde.

Nicht jede Verdachtsmeldung konnte im Meldejahr abschließend bearbeitet werden. Ergänzt um solche Sachverhalte aus dem Jahr 2015, bearbeiteten die Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen (GFG) des LKA NRW im abgelaufenen Jahr 9 389 Verdachtsmeldungen (6 363) und übersandten in 8 699 Fällen (6 024) einen Abschlussbericht an die zuständige Staatsanwaltschaft.

Von den im Jahr 2016 eingegangenen 9 050 Verdachtsmeldungen bearbeiteten die in der GFG eingesetzten Polizeibeamten 7 856 Verdachtsmeldungen und die Zollfahndungsbeamten 1 194 Verdachtsmeldungen sowie elf Ermittlungsverfahren aufgrund von Bargeldkontrollen der Zollbehörden.

Bei 4 303 Verdachtsmeldungen (3 307) stellten die Ermittler den Anfangsverdacht einer Straftat fest. Dies entspricht einem Anteil von 49,5 Prozent (54,9 Prozent).

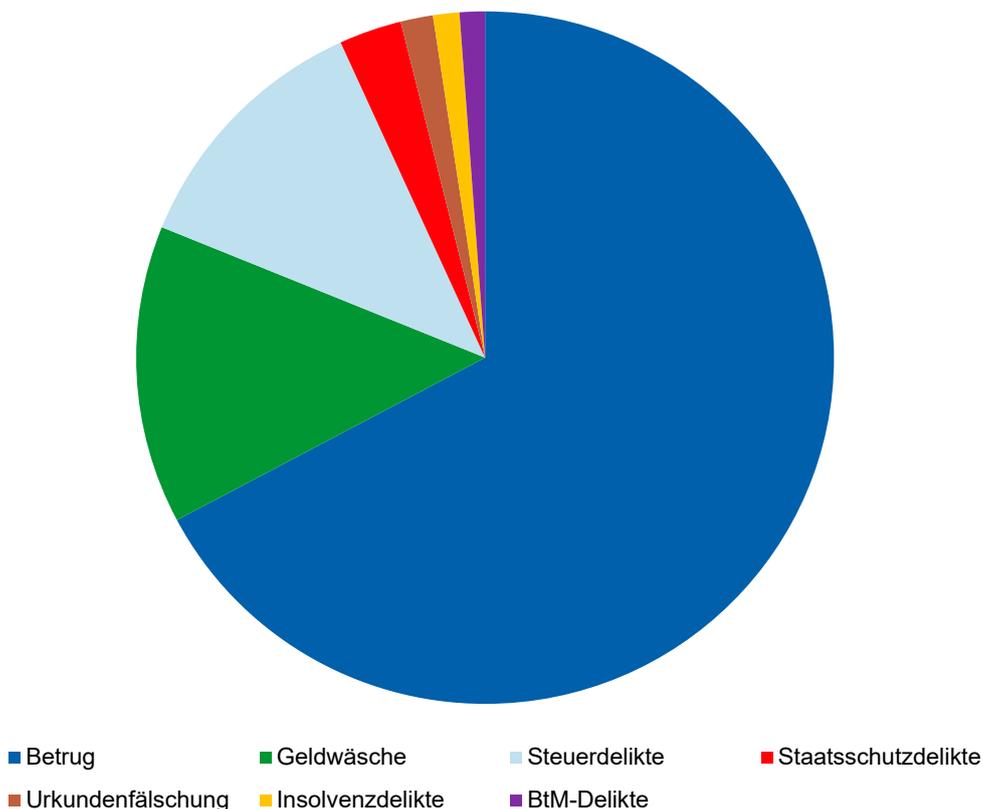
In 2 642 Fällen (1 724) ergab sich der Verdacht einer Betrugstat, in 547 Fällen (608) der Verdacht einer Geldwäschehandlung. Von diesen Geldwäschehandlungen wiesen 443 (432) Bezüge zu einer Finanzagententätigkeit auf.

Ausschließlich steuerliche Hintergründe ließen sich in 474 Verdachtsmeldungen (562) vermuten.

In 114 Fällen (57) konnte ein möglicher Zusammenhang mit Staatsschutzdelikten ermittelt werden oder war Grundlage für die GwVM. So übermittelte beispielweise eine Bank nach (öffentlich gemachter) Identifizierung des Täters eine GwVM aufgrund des Terroranschlags auf eine Pariser Polizeistation am 07.01.2016.

Urkundenfälschungen konnten in 59 (34) Fällen, Insolvenzdelikte in 48 (58) Fällen und BtM-Delikte in 46 (46) Fällen als wahrscheinlicher Hintergrund ermittelt werden (keine abschließende Aufzählung).

Abbildung 02
Deliktische Aufteilung



Das GwG unterteilt den Kreis der Verpflichteten nach der Art des Geschäftsfeldes oder Berufes in 13 Bereiche.⁸ Kreditinstitute erstatteten 83,8 Prozent aller Verdachtsmeldungen (86,9 Prozent) im Jahr 2016, Finanzdienstleistungsinstitute 14,4 Prozent (9,9 Prozent).

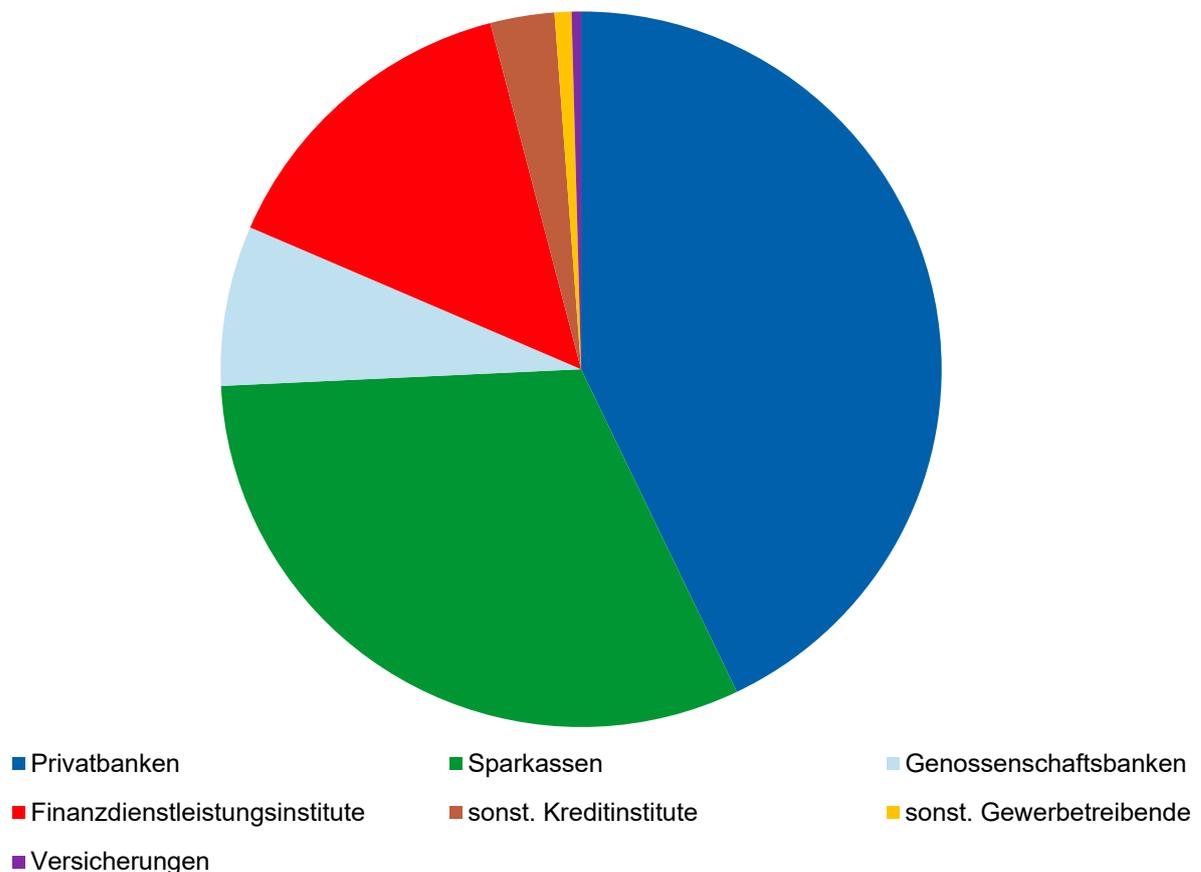
Allein aus dem Finanzsektor erfolgten, ähnlich wie in den Vorjahren, etwa 98 Prozent der Verdachtsmeldungen (insgesamt 7 611).

Die privaten Geschäftsbanken übermittelten 3 850 (2 646), die Sparkassen 2 816 (2 175), die Genossenschaftsbanken 649 (487) und sonstige Kreditinstitute 258 (95) Verdachtsmeldungen. Versicherungsunternehmen erstatteten 38 (48) Verdachtsmeldungen.

Aus dem Nichtfinanzsektor erfolgten nur acht (4) Meldungen von Immobilienmaklern, 61 (48) Meldungen von sonstigen Gewerbetreibenden, zwei (0) Meldungen von Wirtschaftsprüfern und je eine (0) Meldung seitens eines vereidigten Buchprüfers und einer Rechtsanwaltskammer.

Abbildung 03

Meldeaufkommen nach Geschäftsfeldern



⁸ § 2 Absatz 1 GwG

1.3 Entwicklungen im Verdachtsmeldewesen

Von 2008 bis 2011 stieg die Anzahl der Verdachtsmeldungen jährlich um circa 20 Prozent. Nach einem kurzen Abflachen dieser Steigerungsrate im Jahr 2012 (4 Prozent) verzeichnete das LKA NRW im Jahr 2013 einen Anstieg um 37 Prozent, im Jahr 2014 um 32,7 Prozent und im Jahr 2015 um 20,8 Prozent. Im Jahr 2016 betrug die Steigerungsrate 45,3 Prozent.

1.3.1 Finanzsektor

Ursächlich für die starken Zuwachsraten ist das Meldeverhalten im Bereich des Finanzsektors. Dafür sind in erster Linie zwei eng miteinander verknüpfte Aspekte ausschlaggebend. Zum einen verdeutlichte der Gesetzgeber im November 2011, dass die Verdachtsschwelle zur Verpflichtung der Erstattung einer Verdachtsmeldung unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdacht liegt. Zum anderen veröffentlichte das Bundesministerium der Finanzen (BMF) in 2014 neue Auslegungs- und Anwendungshinweise zur Handhabung des Geldwäscheverdachtsmeldewesens (§ 11 GwG).⁹ Diese weisen darauf hin, dass der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention niedrige Voraussetzungen an die Pflicht zur Erstattung einer Geldwäscheverdachtsmeldung knüpft.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erhöhte zudem den Kontrolldruck auf die Kreditinstitute, ihren Verpflichtungen nach dem GwG und Kreditwesengesetz (KWG) nachzukommen.¹⁰

Die Verpflichteten haben den Sachverhalt unter dem Blickwinkel seiner Ungewöhnlichkeit und Auffälligkeit im jeweiligen geschäftlichen Kontext auf Basis ihrer allgemeinen und beruflichen Erfahrungen zu würdigen und keine rechtliche Subsumtion im Sinne von § 261 StGB vorzunehmen.

1.3.2 Nichtfinanzsektor

Am 12.05.2015 führte das LKA NRW unter Beteiligung von Behördenvertretern einen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der Bezirksregierungen aus der Geldwäscheprävention durch. Die Veranstaltung verfolgte das Ziel, aktuelle geldwäscherrelevante Handlungen in den betreffenden Branchen zu erkennen und Möglichkeiten des Informationsaustauschs mit den KPB zu erörtern.

Besonders in der Automobilbranche sind hohe Bargeldzahlungen immer noch üblich. Auch in den Geschäftsbereichen der Edelmetallhändler, Juweliere, Antiquitätenhändler und des Handels mit Booten sind Bargeldeinsätze mit hohen Beträgen durchaus üblich. Diese Branchen fallen in der Meldestatistik in den Bereich der „sonstigen Gewerbetreibenden“.

Obwohl in diesen Branchen laut einer 2015 veröffentlichten Studie¹¹ geldwäscherrelevante Risiken bestehen, lag die Zahl der eingehenden Meldungen aus diesem Bereich im Jahr 2016 bei nur 61 (2015: 48). Derzeit prüft der Gesetzgeber die Einführung einer Bargeldhöchstgrenze, um das Einschleusen inkriminierter Vermögenswerte in den Wirtschaftskreislauf zu erschweren.¹²

⁹ BMF, Auslegungshinweise zur Handhabung des Verdachtsmeldewesens (§ 11 GwG) vom 06.11.2014, Az. WK 5023/10/10011.

¹⁰ §§ 25g ff. Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG).

¹¹ Bussmann, Kai/Vockrodt, Marcel: „Dunkelfeldstudie über den Umfang der Geldwäsche in Deutschland und über die Geldwäscherisiken in einzelnen Wirtschaftssektoren“, Martin Luther Universität Halle Zusammenfassung, August 2015.

¹² Bundesministerium der Finanzen auf <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2016-02-22-Bargeld.html>, zuletzt aufgerufen: 29.03.2016.

1.4 Vermögenssicherung

Ermittlungen der Polizei im Jahr 2016 führten zu Vermögenssicherungen in Höhe von 64,3 Millionen Euro (36,3). Das ist die bislang höchste Sicherungssumme seit 2004. Die Sicherungen erfolgten in 840 Verfahren (685).

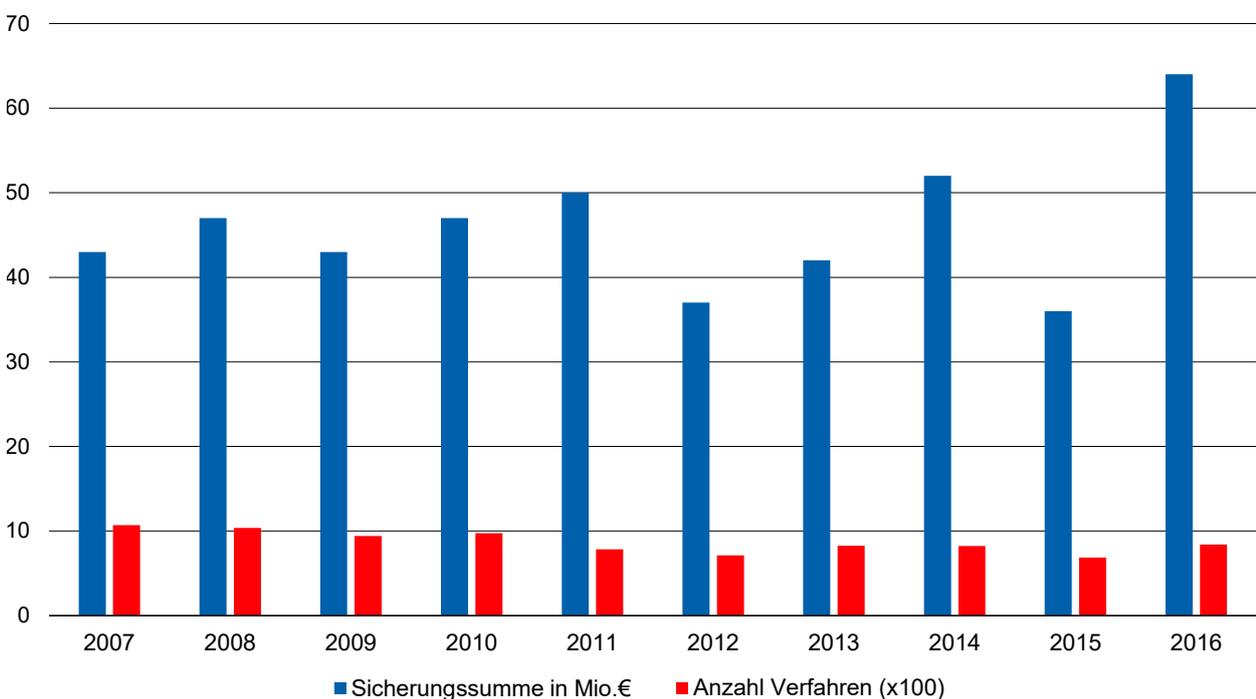
Die Gesamtsummen setzen sich aus den Ergebnissen der Polizeipräsidien mit 24,1 Millionen Euro bei 546 Verfahren (31,3 Millionen Euro bei 458 Verfahren), der Landratsbehörden mit 5,9 Millionen Euro bei 274 Verfahren (4,4 Millionen Euro bei 212 Verfahren) sowie

des LKA NRW mit 34,3 Millionen Euro bei 20 Verfahren (552 939 Euro bei 15 Verfahren) zusammen.

Unterteilt nach der Art des Sicherungszwecks entfielen 24,9 Millionen Euro (28,1 Millionen Euro) auf die Rückgewinnungshilfe, 38,8 Millionen Euro (7,8 Millionen Euro) auf den Bereich Verfall/Einziehung (Maßnahmen gemäß StPO)¹³ sowie 564 726 Euro (386 443 Euro) auf Sicherstellungen zur Gefahrenabwehr auf der Grundlage des PolG NRW.¹⁴

Abbildung 04

Sicherungssummen (in Millionen Euro) und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW (ohne Sonderfälle)



¹³ §§ 111b ff. StPO (2016)

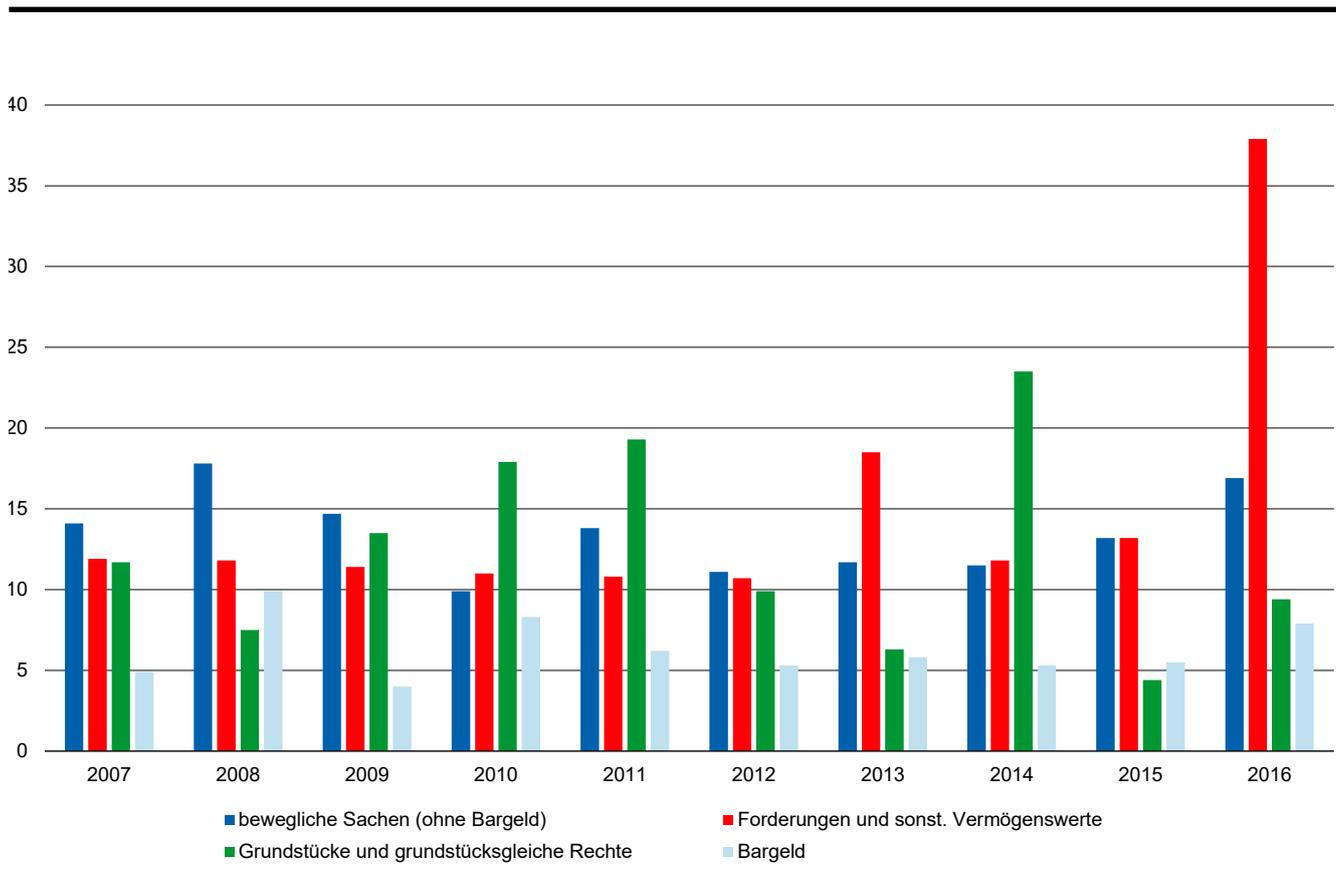
¹⁴ § 43 PolG

Eine weitere Unterscheidung betrifft die Art der gesicherten Vermögenswerte. Die Finanzermittler bearbeiteten im abgelaufenen Jahr Sicherungen in Form von beweglichen Sachen im Wert von 16,9 Millionen Euro (13,2 Millionen Euro), Forderungen und sonstigen Vermögensrechten im Wert von 37,9 Millionen Euro (13,2 Millionen Euro), Grundstücken und Immobilien im Wert von 9,4 Millionen Euro (4,4 Millionen Euro) sowie Bargeld in Höhe von 7,9 Millionen Euro (5,5 Millionen Euro).

Seit dem Jahr 2007 erfasst die Statistik im Hinblick auf Vermögenssicherungen sogenannte Sonderfälle. Hierbei handelt es sich um Sachverhalte, in denen die Finanzermittler der Polizei NRW Vermögensermittlungen durchführten, eine Vermögenssicherung jedoch durch Dritte (zum Beispiel: Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgte. Im Jahr 2016 sicherten diese 3,3 Millionen Euro in elf Verfahren (3,2 Millionen Euro in 11 Verfahren) auf der Grundlage polizeilicher Feststellungen.

Der positive Trend bei der Vermögenssicherung deutet darauf hin, dass die im Lagebild 2015 beschriebenen Optimierungen wirken.¹⁵

Abbildung 05
Sicherungssummen (in Millionen Euro) nach Art der Vermögenswerte



¹⁵ Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 20. Juli 2015, Az. 422-62.13.07.

2 Gesetzesnovellierungen

2.1 Umsetzung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie

Mit Inkrafttreten der 4. EU-Geldwäscherichtlinie und Einführung der Geldtransferverordnung hat die Europäische Union zahlreiche neue Standards in der Geldwäschebekämpfung und gegen die Terrorismusfinanzierung gesetzt. Richtlinie und Verordnung sind am 25. Juni 2015 in Kraft getreten.¹⁶

Verpflichtete nach dem GwG¹⁷ haben zur Identifizierung von Geldwäscherisiken künftig intensivere Risikobewertungen zu ihren Geschäftsbeziehungen, Transaktionen und Kunden vorzunehmen. Juristische Personen sind künftig verpflichtet, präzise und aktuelle Angaben zu ihren wirtschaftlich Berechtigten sowie zu Art und Umfang der wirtschaftlichen Berechtigung einzuholen und aufzubewahren. Die Informationen sind in jedem Mitgliedstaat in einem - nicht öffentlich zugänglichen - zentralen Register aufzubewahren. Der Zugang ist Aufsichtsbehörden, zentralen Verdachtsmeldestellen, Verpflichteten nach dem GwG zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten¹⁸ sowie anderen Personen oder Organisationen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen können, vorbehalten. Eine Überprüfungspflicht der Angaben durch die registerführende Stelle ist nicht vorgesehen. Welche Institution in Deutschland dieses Register führen wird, ist noch nicht entschieden.

Die neue Geldtransferverordnung verpflichtet Zahlungsdienstleister nicht nur wie bisher Angaben zum Auftraggeber, sondern zukünftig auch zum Berechtigten des Transfers zu machen. Diese Angaben sind dem Transfer beizufügen. Dem Transfer zwischengeschaltete Zahlungsdienstleister müssen künftig über wirksame Verfahren zur Erkennung von fehlenden oder unvollständigen Angaben verfügen und risikobasierte Verfahren für (Folge-)Maßnahmen vorhalten. Eine Überprüfungspflicht der Angaben ist erst bei Transfergeschäften von mehr als 1 000 Euro vorgesehen, sofern keine Anhaltspunkte für eine Verbindung mit anderen Transfers vorliegen, anonymes (E-)Geld angenommen wurde oder ein Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung vorliegt. Für Zahlungskarten, E-Geld-Instrumente und Mobiltelefone, die nur zum Erwerb von Waren oder Dienstleistungen verwendet werden, gilt die Verordnung aufgrund des geringen Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nicht.

2.2 Verlagerung der Financial Intelligence Unit

Seit dem 26. Juni des laufenden Jahres ist die Financial Intelligence Unit (FIU) aus dem Geschäftsbereich des BKA in das Ressort des BMF verlagert und dort beim Zollkriminalamt der Generalzolldirektion (GZD) in Köln angesiedelt. Die Verpflichteten müssen ihre GwVM an diese administrativ ausgerichtete Zentralstelle abgeben. Nach Analyse und Bewertung erfolgt die Steuerung an die Strafverfolgungsbehörden. Ungeklärt ist die Frage der zukünftigen Erstellung eines Lagebildes für NRW.

¹⁶ Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 und Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015. Das entsprechende Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen wurde am 23.06.2017 vom Bundestag beschlossen und trat am 26.06.2017 in Kraft.

¹⁷ Vergleiche 1.1 Vorbemerkungen dieses Lagebildes.

¹⁸ BMF, Auslegungshinweise zur Handhabung des Verdachtsmeldewesens (§ 11 GwG) vom 06.11.2014, Az. WK 5023/10/10011.

3 Anlagen

3.1 Anlage Tabellen Verdachtsmeldungen

Tabelle 01

Eingangszahlen Verdachtsmeldungen

(Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, bei denen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde.)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Verdachtsmeldungen gem. § 11 GwG	1 860	1 602	1 902	2 258	2 703	2 813	3 854	5 126	6 186	9 015
Verdachtsmeldungen gem. § 31b AO	14	31	20	28	18	19	15	21	25	19
Bargeldkontrollen gem. § 12a ZollVG	7	7	8	12	10	5	14	9	11	11
sonstige Geldwäschehinweise	-	6	7	2	3	6	4	1	8	5
Gesamt	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157	6 230	9 050

Tabelle 02

Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamthinweise Geldwäsche	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157	6 230	9 050
Überhang aus dem Vorjahr	332	276	259	168	182	189	116	203	133	339
bearbeitete Gesamthinweise	2 213	1 922	2 196	2 468	2 916	3 032	4 003	5 360	6 363	9 389
davon:										
nicht abgeschlossen	276	259	168	182	189	116	203	133	339	690
abgeschlossen	1 937	1 663	2 028	2 286	2 727	2 916	3 800	5 227	6 024	8 699

Tabelle 03**Ermittlungsergebnisse**

- = aus diesem Bereich lagen keine Taten vor

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Verfahren abgeschlossen	1 937	1 663	2 028	2 286	2 727	2 916	3 800	5 227	6 024	8 699
Einstellungsvorschlag an StA	848	834	817	756	1 094	1 435	1 923	2 440	2 717	4 396
Grund:										
kein hinreichender Tatverdacht	801	765	763	693	1 056	1 401	1 877	2 298	2 251	3 747
keine Straftat	47	69	54	63	38	34	46	142	466	649
Verdacht einer Straftat	1 089	829	1 211	1 530	1 633	1 481	1 877	2 787	3 307	4 303
Delikt:										
Geldwäsche	462	204	500	667	719	472	579	533	608	547
<i>davon Finanzagenten</i>	<i>436</i>	<i>170</i>	<i>425</i>	<i>550</i>	<i>631</i>	<i>400</i>	<i>488</i>	<i>392</i>	<i>432</i>	<i>442</i>
Betrug	291	285	367	443	582	648	918	1 412	1 724	2 642
Verstoß gg. Abgabenordnung	154	170	214	275	192	120	100	426	562	474
Insolvenzdelikt	17	33	30	20	16	30	39	54	58	48
Verstoß gg. BtMG	34	32	18	18	28	30	36	41	46	46
Verstoß gg. Arzneimittelgesetz	-	3	-	5	5	9	16	15	8	6
Urkundenfälschung	25	21	15	10	17	35	41	24	34	59
Untreue	22	13	11	21	14	21	20	55	45	38
unerlaubtes Glücksspiel	5	4	10	2	2	-	3	3	-	-
Diebstahl	6	4	4	10	7	16	10	18	12	15
Hehlerei	7	9	1	3	4	6	11	4	5	3
illegale Beschäftigung	1	4	3	7	3	5	6	70	24	23
Staatsschutzdelikt	12	4	5	6	8	14	8	35	57	114
sonstige Delikte	51	53	43	33	43	36	75	90	97	240

Tabelle 04**Erstatter von Verdachtsmeldungen**

X = Wert wurde nicht erhoben; - = diese Verpflichteten erstatteten keine Meldung

(Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, bei denen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde.)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Verdachtsmeldungen (§ 11 GwG)	1 860	1 602	1 902	2 258	2 703	2 813	3 854	5 126	6 186	9 015
Kreditinstitute	1 483	1 344	1 723	2 045	2 396	2 419	3 321	4 583	5 414	7 582
private Geschäftsbanken	566	549	776	910	1 221	1 101	1 622	2 141	2 646	3 850
Sparkassen, Girozentralen	668	601	743	886	923	1 025	1 269	1 845	2 175	2 816
Genossenschaftsbanken	215	181	190	236	242	275	401	529	487	649
Deutsche Bundesbank	31	12	14	5	4	4	5	16	11	8
sonstige Kreditinstitute	3	1	-	8	6	14	24	52	95	258
Versicherungsunternehmen	18	12	14	22	32	26	29	32	25	38
Versicherungsvermittler	x	x	x	x	x	x	-	-	1	3
Finanzdienstleistungsinstitute	340	235	152	178	257	333	424	445	614	1 298
Finanzunternehmen	11	2	-	4	2	8	12	13	12	14
Investmentaktiengesellschaft	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Spielbanken	-	-	1	-	2	5	5	-	5	1
Behörden (§ 14 GwG)	-	-	-	-	1	2	2	13	60	6
andere Verpflichtete	7	9	12	9	12	20	61	29	55	73
sonstige Geldwäscheinweise	21	44	35	42	31	30	33	42	44	35
Privatpersonen	-	-	2	1	1	2	-	1	5	2
Finanzbehörden (§ 31b AO)	14	31	20	28	18	19	15	21	25	19
Bargeldkontrollen (§ 12a ZollVG)	7	7	8	12	10	5	14	9	11	11
Sonstige	-	6	5	1	2	4	4	11	3	5
Gesamthinweise Geldwäsche	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157	6 230	9 050

Tabelle 05**Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 04**

- = diese Verpflichteten erstatteten keine Meldung

* = sonstige Person, die fremdes Vermögen verwaltet

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Rechtsanwälte	2	-	4	4	3	2	2	1	3	-
Rechtsbeistände	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Notar	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Patentanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsprüfer	-	1	-	-	-	-	3	2	-	2
vereidigter Buchprüfer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Steuerberater	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Steuerbevollmächtigter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Immobilienmakler	-	2	-	2	-	-	2	1	4	8
sonstige Gewerbetreibende	5	5	4	2	9	18	51	23	48	61
Kammer	-	1	2	1	-	-	3	1	-	1
sonstige Person*	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
Gesamt	7	9	12	9	12	20	61	29	55	73

3.2 Anlage Tabellen Vermögenssicherung

Tabelle 06

Sicherungssummen der Polizei NRW (in Tausend Euro)

in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Polizeipräsidien	28 153	37 919	30 782	36 791	37 890	27 018	20 956	38 724	31 295	24 126
	(598)	(606)	(527)	(608)	(466)	(466)	(492)	(555)	(458)	(546)
Landratsbehörden	8 977	5 894	7 399	6 175	7 690	4 891	4 795	3 727	4 415	5 937
	(471)	(431)	(415)	(367)	(318)	(246)	(289)	(250)	(212)	(274)
Zwischensumme	37 130	43 812	38 181	42 966	45 580	31 909	25 752	42 451	35 710	30 064
	(1069)	(1037)	(942)	(975)	(784)	(712)	(781)	(805)	(670)	(820)
LKA NRW	5 463	3 354	5 447	4 115	4 472	5 148	16 595	9 565	553	34 312
	(7)	(8)	(21)	(19)	(15)	(28)	(44)	(18)	(15)	(20)
Gesamt Land NRW	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	52 016	36 263	64 375
	(1076)	(1045)	(963)	(994)	(799)	(740)	(825)	(823)	(685)	(840)
Sonderfälle	25 726	770	9 373	29 591	1 639	1 802	14 475	1 688	3 205	3 284
	(40)	(17)	(22)	(18)	(12)	(10)	(10)	(13)	(11)	(11)
Land NRW (einschl. Sonderfälle)	68 319	47 937	53 001	76 672	51 692	38 859	56 821	53 704	39 468	67 660
	(1116)	(1062)	(985)	(1012)	(811)	(750)	(835)	(836)	(696)	(851)

Tabelle 07

Sicherungssummen der Polizeipräsidien (in Tausend Euro)

in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aachen	1 157 (32)	5 601 (32)	1 001 (28)	700 (27)	2 728 (30)	516 (39)	757 (35)	620 (36)	654 (30)	76 (12)
Bielefeld	702 (10)	930 (24)	673 (19)	1 117 (13)	797 (11)	631 (9)	1 325 (6)	393 (8)	292 (8)	686 (9)
Bochum	1 271 (16)	1 262 (21)	2 749 (25)	250 (14)	1 624 (11)	227 (12)	115 (21)	12 543 (21)	1 676 (10)	703 (12)
Bonn	1 658 (29)	1 169 (38)	2 231 (24)	2 220 (34)	1 108 (29)	1 127 (33)	179 (16)	1 080 (43)	3 800 (35)	1 470 (58)
Dortmund	3 917 (35)	4 606 (25)	2 189 (28)	2 085 (47)	1 050 (18)	1 638 (34)	1 404 (36)	1 134 (44)	1 803 (35)	1 851 (58)
Duisburg	632 (28)	7 191 (39)	2 319 (35)	457 (28)	816 (28)	1 028 (40)	1 015 (29)	483 (34)	316 (26)	728 (37)
Düsseldorf	3 612 (113)	546 (57)	1 263 (55)	1 445 (47)	2 377 (36)	396 (16)	2 833 (61)	1 007 (64)	1 140 (34)	2 233 (50)
Essen	2 895 (68)	3 885 (88)	2 016 (65)	16 401 (89)	1 903 (43)	2 946 (38)	3 949 (35)	6 299 (34)	7 420 (34)	876 (41)
Gelsenkirchen	109 (4)	241 (16)	4 (2)	839 (9)	757 (14)	1 075 (22)	354 (26)	32 (3)	365 (10)	172 (6)
Hagen	255 (22)	2 322 (11)	770 (18)	335 (25)	5 656 (16)	1 889 (16)	313 (24)	895 (25)	372 (18)	394 (19)
Hamm	488 (15)	394 (22)	41 (12)	190 (12)	123 (18)	55 (7)	2 (1)	262 (6)	76 (6)	247 (7)
Köln	4 288 (49)	4 300 (58)	7 625 (65)	5 336 (81)	10 972 (65)	12 425 (67)	1 781 (76)	2 133 (63)	1 891 (83)	4 934 (82)
Krefeld	672 (26)	122 (24)	550 (14)	431 (12)	784 (15)	365 (10)	100 (4)	7 873 (4)	240 (14)	1 206 (26)
Mönchengladbach	1 111 (43)	338 (35)	654 (34)	526 (44)	726 (24)	170 (12)	817 (26)	567 (29)	467 (24)	1 184 (37)
Münster	1 471 (35)	3 650 (36)	1 029 (16)	2 113 (24)	2 559 (32)	969 (26)	2 202 (21)	1 627 (29)	5 408 (19)	1 318 (29)
Oberhausen	149 (27)	410 (26)	1 795 (23)	208 (19)	248 (16)	45 (18)	193 (19)	128 (13)	1 277 (28)	1 390 (11)
Recklinghausen	760 (22)	718 (39)	2 378 (27)	549 (28)	2 140 (26)	657 (22)	2 786 (21)	710 (33)	3 323 (16)	3 256 (19)
Wuppertal	3 007 (24)	232 (15)	1 494 (37)	1 590 (55)	1 523 (34)	857 (45)	831 (35)	938 (66)	777 (28)	1 405 (33)
Gesamt	28 153 (598)	37 919 (606)	30 782 (527)	36 791 (608)	37 890 (466)	27 018 (466)	20 956 (492)	38 724 (555)	31 295 (458)	24 126 (546)

Tabelle 08**Sicherungssummen der Landratsbehörden (in Tausend Euro)**

in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

- = keine Sicherungen/Verfahren

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Borken	628 (68)	355 (52)	383 (48)	355 (46)	567 (42)	367 (33)	661 (36)	136 (23)	385 (29)	230 (25)
Coesfeld	335 (31)	738 (31)	332 (33)	282 (30)	862 (30)	188 (19)	181 (14)	423 (7)	239 (5)	239 (5)
Düren	137 (12)	8 (7)	117 (12)	61 (13)	51 (13)	113 (18)	152 (23)	83 (13)	142 (21)	187 (23)
Ennepe-Ruhr	429 (11)	33 (8)	166 (12)	6 (4)	133 (3)	31 (2)	-	-	18 (3)	127 (8)
Euskirchen	37 (3)	107 (9)	107 (7)	144 (2)	41 (4)	17 (1)	300 (1)	54 (5)	89 (2)	159 (2)
Gütersloh	47 (5)	186 (10)	83 (1)	-	-	167 (7)	82 (12)	113 (8)	39 (5)	837 (18)
Heinsberg	-	234 (28)	1 447 (38)	313 (18)	307 (18)	190 (8)	134 (8)	72 (8)	167 (3)	67 (3)
Herford	49 (14)	86 (17)	48 (11)	4 (4)	25 (12)	58 (15)	161 (5)	103 (7)	7 (4)	110 (3)
Hochsauerlandkreis	4 (5)	97 (7)	115 (6)	103 (4)	336 (3)	135 (1)	-	-	5 (2)	78 (5)
Höxter	169 (4)	-	-	-	-	12 (1)	12 (2)	48 (9)	68 (7)	44 (5)
Kleve	624 (13)	342 (8)	156 (5)	132 (6)	173 (8)	182 (7)	280 (10)	238 (4)	397 (4)	289 (2)
Lippe	479 (10)	238 (8)	4 (2)	25 (6)	88 (7)	195 (5)	130 (7)	39 (4)	158 (7)	1 671 (6)
Märkischer Kreis	209 (19)	248 (9)	502 (13)	234 (19)	132 (15)	86 (10)	61 (6)	110 (10)	3 (3)	40 (5)
Mettmann	216 (7)	103 (11)	35 (11)	692 (12)	362 (5)	281 (11)	239 (16)	332 (11)	158 (10)	142 (10)
Minden-Lübbecke	289 (14)	171 (16)	66 (12)	190 (15)	243 (14)	126 (14)	247 (14)	22 (3)	61 (5)	65 (6)
Oberberg. Kreis	109 (7)	106 (10)	31 (7)	13 (7)	77 (7)	-	-	-	-	66 (3)
Olpe	-	1 (1)	-	39 (2)	-	-	25 (1)	-	-	45 (4)
Paderborn	299 (22)	296 (22)	107 (21)	365 (20)	643 (17)	51 (10)	122 (9)	178 (12)	544 (2)	6 (1)
Rhein.-Berg. Kreis	247 (13)	128 (13)	308 (9)	345 (22)	578 (12)	139 (8)	90 (8)	114 (9)	91 (16)	30 (6)
Rhein-Erft Kreis	823 (40)	627 (35)	1 369 (41)	327 (24)	185 (13)	470 (20)	432 (31)	218 (17)	676 (10)	238 (14)
Rhein-Kreis Neuss	536 (29)	184 (32)	87 (28)	850 (21)	65 (24)	37 (16)	70 (19)	36 (22)	20 (11)	40 (7)
Rhein-Sieg Kreis	1 636 (27)	120 (7)	48 (6)	61 (7)	5 (1)	-	1 (1)	35 (4)	6 (1)	195 (10)
Siegen-Wittgenstein	41 (4)	195 (10)	418 (9)	498 (8)	235 (8)	234 (7)	26 (4)	84 (4)	117 (10)	124 (12)
Soest	329 (20)	158 (6)	161 (17)	213 (14)	391 (17)	58 (8)	329 (19)	373 (15)	178 (12)	84 (16)
Steinfurt	51 (9)	133 (16)	130 (16)	335 (12)	632 (15)	406 (12)	347 (10)	355 (14)	119 (9)	404 (13)
Unna	85 (5)	244 (5)	33 (7)	166 (12)	1 319 (5)	204 (6)	208 (10)	130 (9)	353 (2)	19 (4)
Viersen	353 (21)	201 (11)	336 (7)	70 (5)	84 (4)	520 (1)	46 (5)	-	152 (9)	40 (8)
Warendorf	183 (25)	171 (19)	106 (12)	95 (10)	91 (7)	101 (5)	383 (4)	16 (8)	42 (5)	112 (5)
Wesel	637 (33)	382 (23)	705 (24)	257 (24)	65 (14)	520 (1)	77 (4)	416 (24)	182 (15)	248 (45)
Gesamt	8 977 (471)	5 894 (431)	7 399 (415)	6 175 (367)	7 690 (318)	4 891 (246)	4 795 (289)	3 727 (250)	4 415 (212)	5 937 (274)

Tabelle 09**Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht (in Tausend Euro)**

in Klammern: Anzahl der Verfahren; bis 2011: Anzahl der Schuldner

- = keine Sicherungen/Verfahren (Schuldner)

* = Angleichung an BKA-Erhebungskatalog 2014 (davor keine Angabe)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Arzneimittelgesetz	k.A.	49	19	158						
	k.A.	(4)	(4)	(8)						
Betrug	9 298	21 196	16 069	11 424	14 651	11 700	18 605	20 994	11 835	42 422
	(146)	(180)	(180)	(195)	(144)	(130)	(123)	(103)	(81)	(129)
BtmG	4 543	4 460	5 908	4 186	4 308	4 575	2 852	4 201	4 597	4 529
	(494)	(497)	(452)	(431)	(362)	(323)	(340)	(370)	(322)	(384)
Diebstahl	2 857	3 948	6 383	3 632	2 827	2 896	5 546	3 192	3 724	3 372
	(170)	(232)	(210)	(179)	(153)	(122)	(173)	(151)	(132)	(144)
Erpressung	277	3	119	90	60	258	446	1 039	61	197
	(7)	(3)	(8)	(11)	(8)	(5)	(4)	(6)	(3)	(5)
Geldfälschung	5	45	34	4	34	-	168	-	14	1
	(1)	(4)	(2)	(1)	(8)	-	(1)	-	(2)	(1)
Geldwäsche	2 169	1 344	1 471	6 786	200	559	1 831	4 784	1 189	3 039
	(19)	(12)	(19)	(28)	(14)	(15)	(19)	(12)	(22)	(18)
Hehlerei	4 582	1 336	1 389	1 916	1 451	4 707	2 404	1 249	6 544	763
	(54)	(41)	(30)	(47)	(25)	(24)	(26)	(15)	(20)	(16)
Insolvenzdelikt	28	37	197	19	5 671	240	238	86	367	-
	(1)	(1)	(4)	(1)	(2)	(3)	(2)	(4)	(3)	-
Korruption	217	119	1 351	1 260	1 099	312	787	149	3 122	-
	(5)	(2)	(18)	(11)	(8)	(1)	(2)	(1)	(4)	(-)
Menschenhandel	1 681	51	6	145	19	215	32	-	399	806
	(13)	(8)	(2)	(7)	(1)	(3)	(2)	-	(2)	(2)
OWiG	-	-	-	2	-	-	-	-	-	7
	-	-	-	(1)	-	-	-	-	-	(1)
Raub	276	154	1 109	401	382	677	251	390	55	461
	(23)	(17)	(32)	(34)	(18)	(24)	(20)	(20)	(9)	(17)
Staatschutzdelikt	-	-	-	-	-	-	49	-	90	1
	-	-	-	-	-	-	(1)	-	(4)	(1)
Steuerdelikt	1 295	1 989	689	2 233	4 184	218	1 456	7	661	703
	(6)	(16)	(10)	(12)	(27)	(6)	(6)	(1)	(7)	(3)
Tötungsdelikt	4	6	-	114	6	40	-	40	53	30
	(2)	(1)	(1)	(2)	(1)	(3)	-	(1)	(3)	(1)
Umweltdelikt	1 169	428	-	-	-	-	-	12 463	1 193	659
	(2)	(3)	-	-	-	-	-	(7)	(1)	(1)
Unerlaubtes Glücksspiel	3 670	195	96	8 176	360	2	84	163	176	68
	(42)	(15)	(16)	(69)	(17)	(2)	(4)	(5)	(3)	(1)
Unterschlagung	742	4 810	2 790	1 737	1 808	433	1 116	828	669	1 631
	(50)	(51)	(45)	(25)	(36)	(11)	(23)	(23)	(20)	(38)
Untreue	8 238	5 887	4 392	4 637	11 688	9 433	4 462	1 229	988	4 311
	(30)	(38)	(27)	(25)	(24)	(10)	(19)	(14)	(7)	(18)
Urkundendelikt	8	16	378	27	-	4	862	6	1	-
	(2)	(2)	(5)	(3)	-	(2)	(2)	(1)	(1)	(-)
Sittendelikte	36	30	39	32	22	-	-	13	-	84
	(60)	(45)	(56)	(52)	(36)	-	-	(23)	-	(2)
WaffenG	4	143	1	11	2	-	514	2	6	226
	(2)	(7)	(1)	(1)	(2)	-	(2)	(1)	(2)	(3)
Sonstige	1 418	921	1 170	248	740	501	388	639	113	402
	(58)	(32)	(27)	(18)	(29)	(37)	(27)	(19)	(10)	(12)
Polizeirecht	12	11	35	-	534	285	256	496	387	485
	(1)	(1)	(2)	-	(23)	(20)	(25)	(42)	(23)	(59)
Gesamt	44 989	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	36 263	64 375
	(1297)	(1194)	(1209)	(1147)	(1154)	(939)	(741)	(823)	(685)	(866)

Tabelle 10

Sicherungssummen nach Sicherungszweck (in Tausend Euro)

- = keine Sicherungen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Verfall	14 217	7 452	8 661	15 089	7 542	6 003	7 941	18 009	6 818	36 166
Einziehung	2 442	1 927	2 277	1 063	663	807	1 376	920	976	2 723
Gesamt Verfall/Einziehung	16 660	9 378	10 938	16 152	8 205	6 810	9 317	18 929	7 794	38 889
Finanzamt	743	695	608	2 003	2 323	2 112	3	17	-	643
sonstige staatliche Einrichtungen	855	2 052	3 879	1 284	9 290	381	1 663	1 303	4 485	1 193
Private	24 324	35 003	28 146	27 356	29 701	27 468	31 107	31 272	23 597	23 086
Gesamt Rückgewinnungshilfe	25 921	37 750	32 633	30 642	41 314	29 961	32 774	32 592	28 082	24 922
Polizeirecht	12	39	57	287	534	285	256	496	386	565
Gesamt	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	52 016	36 263	64 375

Tabelle 11

Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte (in Tausend Euro)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bargeld	4 864	9 943	4 035	8 330	6 181	5 315	5 800	5 280	5 516	7 954
Bewegliche Sachen (ohne Bargeld)	14 131	17 837	14 677	9 866	13 757	11 136	11 739	11 475	13 237	16 963
Forderungen und sonstige Vermögensrechte	11 884	11 843	11 425	10 992	10 830	10 744	18 537	11 782	13 160	37 976
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	11 715	7 543	13 491	17 893	19 284	9 863	6 272	23 480	4 349	9 434
Gesamt	44 987	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	36 263	64 375

Tabelle 12Sonderfälle (Sicherungssummen in Tausend Euro)¹⁹

			Sonderfälle		Gesamt	
	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren
Aachen	76	12	0	0	76	12
Bielefeld	686	9	265	1	951	10
Bochum	703	12	0	0	703	12
Bonn	1 470	58	0	0	1 470	58
Borken	230	25	0	0	230	25
Coesfeld	239	5	0	0	239	5
Dortmund	1 851	58	0	0	1 851	58
Duisburg	728	37	0	0	728	37
Düren	187	23	0	0	187	23
Düsseldorf	2 233	50	24	3	2 257	53
Ennepe-Ruhr	127	8	0	0	127	8
Essen	876	41	0	0	876	41
Euskirchen	159	2	0	0	159	2
Gelsenkirchen	172	6	0	0	172	6
Gütersloh	837	18	0	0	837	18
Hagen	394	19	0	0	394	19
Hamm	247	7	0	0	247	7
Heinsberg	67	3	0	0	67	3
Herford	110	3	0	0	110	3
Hochsauerlandkreis	78	5	0	0	78	5
Höxter	44	5	0	0	44	5
Kleve	289	2	0	0	289	2
Köln	4 934	82	14	3	4 949	85
Krefeld	1 206	26	0	0	1 206	26
Lippe	1 671	6	0	0	1 671	6
Märkischer Kreis	40	5	0	0	40	5
Mettmann	142	10	0	0	142	10
Minden-Lübbecke	65	6	0	0	65	6
Mönchengladbach	1 184	37	0	0	1 184	37
Münster	1 318	29	0	0	1 318	29
Oberbergischer Kreis	66	3	0	0	66	3
Oberhausen	1 390	11	0	0	1 390	11
Olpe	45	4	0	0	45	4
Paderborn	6	1	134	2	140	3
Recklinghausen	3 256	19	0	0	3 256	19
Rheinisch-Berg. Kreis	30	6	45	1	75	7
Rhein-Erft Kreis	238	14	0	0	238	14
Rhein-Kreis Neuss	40	7	0	0	40	7
Rhein-Sieg Kreis	195	10	0	0	195	10
Siegen-Wittgenstein	124	12	0	0	124	12
Soest	84	16	0	0	84	16
Steinfurt	404	13	0	0	404	13
Unna	19	4	0	0	19	4
Viersen	40	8	0	0	40	8
Warendorf	112	5	0	0	112	5
Wesel	248	45	0	0	248	45
Wuppertal	1 405	33	0	0	1 405	33
LKA NRW	34 312	20	2 803	1	37 114	21
Gesamt	64 375	840	3 284	11	67 660	851

¹⁹ Sonderfall: Sachverhalte, in denen Vermögensermittlungen durch die Finanzermittler der Polizei NRW durchgeführt werden, eine Vermögenssicherung jedoch durch Dritte (zum Beispiel: Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgt.

4 Sachverhaltsschilderungen

4.1 Verdacht des Betruges, der Geldwäsche und Verstoß gegen das ZAG

Aufgrund mehrerer Geldwäscheverdachtsmeldungen aus den Jahren 2015 und 2016 und weiterer Ermittlungen erhärtete sich der Verdacht des Betruges, der Geldwäsche und des Verstosses gegen das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz gegen Personen und Firmen, deren Kontenbewegungen sich auf OneCoin Produkte bezogen. OneCoins werden im Internet als Nachfolgewährung von Bitcoins beworben. Es soll sich um eine Kryptowährung handeln, die mittels eines Rechenweges (Algorithmus) und einer Sicherheitsverschlüsselungstechnik (Kryptographie) geschaffen wird. Auf den Konten einer verantwortlichen Firma im Münsterland gingen zahlreiche Beträge in einer Höhe zwischen 100 Euro und 20 000 Euro mit Bezug zu OneCoin ein und flossen danach in größeren Chargen ins Ausland. Die Umsätze dieser Firma beliefen sich im fraglichen Zeitraum auf ca. 360 Millionen Euro. Es besteht der Verdacht, dass es sich um ein Schneeballsystem handelt.

Aufgrund der internationalen Bezüge und der umfangreichen Ermittlungen wird das Verfahren durch die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Bielefeld und einer Ermittlungskommission des LKA NRW bearbeitet. Auch andere Polizeidienststellen im Ausland führen Ermittlungsverfahren mit Bezug zu OneCoin.

Im Laufe der Ermittlungen konnten ca. 30 Millionen Euro gesichert werden.

Verdachtskriterien:

- > Nutzung als Sammel- und Durchlaufkonto
- > Internetveröffentlichungen
- > Transaktionen in Off-Shore Länder

4.2 Verdacht des Betruges und der Geldwäsche

Das LKW NRW erreichten seit September 2016 vierzehn Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschegesetz, die augenscheinlich in einem Sach- und mehrheitlich auch in einem Personenzusammenhang zu stehen scheinen.

Gemeinsames Merkmal ist die Weiterleitung von Geldern über Firmenkonten, die vermutlich Anlagen zumeist ausländischer Staatsangehöriger in binäre Optionen darstellen. Die Summen pro Anleger variieren hierbei stark voneinander (wenige hundert Euro bis fünfstelligen Einzelbeträge). Diese Anlagen scheinen über ein Portal am Marktplatz London generiert zu werden. Die Gutschriften werden dann auf den Firmenkonten angesammelt und in fünfstelligen Teilbeträgen durchweg auf polnische und tschechische Konten von Drittfirmen und anschließend häufig nach China weiter transferiert.

Vor der Kontoeröffnung in Deutschland wurden zumeist sogenannte Firmenmäntel erworben und lettische Strohleute als Geschäftsführer installiert. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Verdachtskriterien:

- > Lettische Strohleute als Geschäftsführer
- > Firmenmäntel wurden zur Kontoeröffnung genutzt
- > Firmenkonten hauptsächlich mit Durchlaufcharakter
- > Anlagen in binären Optionen
- > Überweisungen nach Osteuropa

Herausgeber

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Abteilung 1
Dezernat 13 Finanzermittlungen
Sachgebiet 13.4 Zentrale Informations- und Koordinierungsstelle
 Finanzermittlungen und Gewinnabschöpfung

Redaktion KOKin Britta Werner, KHK Peter Niedballa
Telefon +49 211 939-1340 und -1341
Fax +49 211 939-191340 und -191341
CNPoI 07-224-1340 und -1341

33-SG134.LKA@polizei.nrw.de
<https://lka.polizei.nrw>

